



Nr. 34

12. September 2025

Inhalt

Volker Geyer trifft Bärbel Bas

[Alterssicherung: Seriöse Debatte unerlässlich](#)

dbb-Regionalkonferenzen

[Beschäftigte fordern mehr Nachhaltigkeit für den öffentlichen Dienst](#)

Bildungspolitische Gespräche

[Qualitätsoffensive für Kitas, Schulen und Hochschulen gefordert](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Bayern

[TVöD-Erhöhung: Kritik an Verzögerung](#)

Verband Bildung und Erziehung (VBE)

[Bündnis fordert mehr Verkehrssicherheit](#)

Deutscher Philologenverband (DPHV)

[Digitalstrategie für klugen Einsatz von KI an Schulen gefordert](#)

Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL)

[Deutsche Bahn gefährdet Ausbildung und Sicherheit auf der Schiene](#)

[Namen und Nachrichten](#)

aktuelle

Informationsdienst des dbb



Volker Geyer trifft Bärbel Bas

Alterssicherung: Seriöse Debatte unerlässlich

Die Bundesregierung will eine Kommission zur Reform der Alterssicherungssysteme einsetzen. Der dbb bietet seine Unterstützung an.

„Nicht nur aufgrund des demografischen Wandels ist eine seriöse Debatte über die Stabilität der Alterssicherungssysteme unerlässlich, gerade mit Blick auf die angespannte finanzielle Lage der Gesetzlichen Rentenversicherung“, sagte dbb-Chef Volker Geyer nach einem Gespräch mit Bundessozialministerin Bärbel Bas am 9. September 2025. „Die Menschen im Land sind aufgrund globaler Krisen und der wirtschaftlichen Stagnation im Land ohnehin verunsichert und verlieren das Vertrauen in den Staat. Das hat unsere dbb-Bürgerbefragung gerade erst wieder gezeigt. Deshalb ist es umso wichtiger, die Diskussion um mögliche Reformen sachlich und fachlich fundiert zu führen. Die von der Bundesregierung geplante Kommission ist dafür der richtige Ort. Wir stehen bereit, um unsere Expertise einzubringen.“

Die von Bas vorgeschlagene Einbeziehung der Beamtinnen und Beamten in die Gesetzliche Rentenversicherung (GRV) lehnt der dbb weiter entschieden ab. Geyer: „Bereits die Rentenkommission, die der vorherige Bundearbeitsminister Hubertus Heil eingesetzt hat, kam zu dem Ergebnis, dass die Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung voraussichtlich sogar eher erschweren würde. Der wenn überhaupt kurzfristigen Entlastung der GRV stünde außerdem eine deutlich höhere Belastung des öffentlichen Haushalts gegenüber, weil die Besoldung der Beamtinnen und Beamten entsprechend angepasst werden müsste – inklusive der Beiträge zur GRV und Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung. Damit würde also kein einziges Problem gelöst, sondern nur neue geschaffen.“

dbb-Regionalkonferenzen

Beschäftigte fordern mehr Nachhaltigkeit für den öffentlichen Dienst

Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes erwarten von der anstehenden Einkommensrunde eine bessere Bezahlung und ein nachhaltiges Personalmanagement.

Das haben Kolleginnen und Kollegen aus Hamburg, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein und Niedersachsen am 11. September 2025 auf der dbb-Regionalkonferenz in Hamburg deutlich gemacht und aktuelle Problemlagen in den Verwaltungen und Betrieben mit der dbb-Spitze diskutiert.

Für den dbb Fachvorstand Tarifpolitik Andreas Hemsing ist klar: „Verbesserungen bei Bezahlung, Arbeitsbedingungen und Personalpolitik stehen im Fokus. Der zunehmende Personal-mangel macht den öffentlichen Dienst weniger attraktiv und kann langfristig die Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger beeinträchtigen. Teilweise ist dies heute schon spürbar, ob in Kitas, Schulen oder der Verwaltung.“ Das sei nicht der Anspruch der Beschäftigten und könne auch nicht der der Länder als Arbeitgeber sein. „Deshalb ist es wichtig, gemeinsam mit den Beschäftigten Maßnahmen zu ergreifen und die Länder sich als moderne, verlässliche Arbeitgeber zeigen. Der öffentliche Dienst steht vor einem immensen Veränderungsprozess, den es gemeinsam zu meistern gilt“, so Hemsing.

Von den zu eröffnenden Perspektiven sollen auch Beamtinnen und Beamte der Länder profitieren. Der Vorsitzende des dbb hamburg Thomas Treff betrachtet die Einkommensrunde als Chance, die Bezahlung in den Landesdiensten für alle Statusgruppen zukunfts-gerecht weiterzuentwickeln. „Dafür brauchen wir einen langen Atem und klare Signale an die Beschäftigten, die hier bei uns im Norden das Land tagtäglich am Laufen halten.“ Eine Übertragung des Tarifabschlusses auf Beamtinnen und Beamte sowie Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger müsse selbstverständlich sein: „Gerade im Bereich Besoldung und Versorgung wünschen wir uns mehr Verlässlichkeit und Verantwortungsbewusstsein – ohne dass dabei das Beamtentum in Frage gestellt wird.“

Bei der Regionalkonferenz des dbb am 8. September 2025 in Leipzig hatte Hemsing bereits klargemacht: „Wir fordern die Angleichung zwischen Ost und West. Für die Landesbeschäftigten ist es wichtig, die Differenzen zum TVÖD aufzuheben. Außerdem fehlt es im öffentlichen



Dienst mittlerweile an allen Ecken und Enden an Personal – dem muss entgegengesteuert werden.“ Der Personalmangel führe nicht nur bei den vorhandenen Beschäftigten zu großen Mehrbelastungen, sondern beeinträchtigt am Ende das Vertrauen in einen funktionsfähigen Staat. „Hier müssen auch die Länder dringend gegensteuern. Die Arbeit im öffentlichen Dienst muss attraktiver werden – und zwar jetzt!“, so Hemsing weiter.

Frank Schönborn, Vorsitzender des tbb beamtenbund und tarifunion thüringen, fügte hinzu:

„Eine moderne, wertschätzende Personalpolitik erfordert stetige Anpassungen bei der Bezahlung.“ Beschäftigte, ob verbeamtet oder tarifbeschäftigt, leisteten tagtäglich unverzichtbare Arbeit – ob bei der Polizei, in den Schulen oder in der Verwaltung. Sie alle litten noch immer unter inflationsbedingten Kaufkraftverlusten. „Der Tarifabschluss muss daher selbstverständlich auf die Beamtinnen und Beamten sowie Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger übertragen werden“, forderte Schönborn.

Bildungspolitische Gespräche

Qualitätsoffensive für Kitas, Schulen und Hochschulen gefordert

Reformen gelingen nur, wenn die Politik die Beschäftigten einbezieht, betonen Vertreterinnen des dbb. Es gibt viele Baustellen.

„Bildungsstudien belegen in einer erschreckenden Regelmäßigkeit die wachsende Kluft im deutschen Bildungssystem“, sagte Simone Fleischmann, stellvertretende Bundesvorsitzende des dbb und des Verbands Bildung und Erziehung (VBE), am 10. September 2025 beim bildungspolitischen Gespräch mit Misbah Khan, der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden von Bündnis 90/Die Grünen. „Das Ziel sämtlicher bildungspolitischer Vorhaben – ob nun die Digitalisierung an Schulen, die Einführung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter, die Demokratiebildung oder die Formulierung messbarer Bildungsziele – muss sich an dem im Grundgesetz verankerten Anspruch auf gleichwertige Lebensverhältnisse orientieren. Damit aber diese Vorhaben nicht zur Symbolpolitik verkommen, gehören entschiedene Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel ganz oben auf die Prioritätenliste!“

Susanne Lin-Klitzing, Vorsitzende der dbb Fachkommission Schule, Bildung und Wissenschaft und des Deutschen Philologenverbands

(DPHV), betonte bei dem Austausch: „Die Beschäftigten sind das Fundament unseres Bildungssystems. Es sind die Kolleginnen und Kollegen in den Kitas, Schulen und Hochschulen, die die Maßnahmen der Politik letztlich umsetzen müssen. Dafür braucht es gerade in Zeiten des Fachkräftemangels eine erstklassige Ausbildung und attraktive Arbeitsbedingungen, damit die Beschäftigten Qualität, Chancengerechtigkeit und Teilhabe sichern und in Zeiten großer gesellschaftlicher Umbrüche ihrer zentralen Rolle in der Gesellschaft gerecht werden können.“

Beamtenstatus für Lehrkräfte ist unverzichtbar Die in der Debatte über den Beamtenstatus verbreitete Forderung, Lehrkräfte künftig nicht mehr zu verbeamen, weisen die dbb Vertreterinnen entschieden zurück. Die Forderung verkennt die zentrale gesellschaftliche Relevanz von Lehrkräften und erweist dem Beruf sowie dem ganzen Bildungssystem einen Bärendienst, so Fleischmann und Lin-Klitzing. Für beide ist klar: Der Beamtenstatus für Lehrkräfte ist unverzichtbar!



Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Bayern

TVöD-Erhöhung: Kritik an Verzögerung

Die Beschäftigten von Bund und Kommunen warten seit Monaten darauf, dass ihnen ihre im Rahmen der letzten TVöD-Einkommensrunde im Frühjahr 2025 ausgehandelte Erhöhung ausgezahlt wird. Der Bayerische Beamtenbund (BBB) übt Kritik an den Arbeitgebern.

Aktuell scheitert die Auszahlung im Wesentlichen daran, dass es noch Unstimmigkeiten unter den Verhandlungspartnern zur Ausformulierung einzelner Punkte im Text des Tarifvertrags gibt. Die Redaktionsverhandlungen dauern an. Obwohl einzelne Kommunen bereit wären, den Beschäftigten die Erhöhung auszu zahlen, sperrt sich der Kommunale Arbeitgeberverband Bayern (KAV Bayern). Damit sind allen Kommunen die Hände gebunden. Außerdem berufen sich die Arbeitgeber auf technische Probleme bei der konkreten Umsetzung der Erhöhung.

Schon bei Tarifvertragsabschluss kam es zu einer ersten Verzögerung, weil ver.di zum erzielten Ergebnis erst eine Mitgliederbefragung durchgeführt hatte.

Insgesamt warten die Beschäftigten nun schon seit April, also rund ein halbes Jahr auf ihr Geld. Aus Sicht des BBB ist es nicht nachvollziehbar, dass die Arbeitgeber hier auf Zeit spielen. Man hätte zumindest die prozentuale Erhöhung zahlen können, hieß es vom BBB am 10. September 2025.

Wann mit der Auszahlung der Erhöhung zu rechnen sei, bleibe weiter unklar. Die Verantwortung dafür liegt allein bei den Arbeitgebern. Eins sei jedoch klar: Wertschätzung sieht anders aus!

Verband Bildung und Erziehung (VBE)

Bündnis fordert mehr Verkehrssicherheit

Eine aktuelle, repräsentative forsa-Umfrage zeigt: Ein Fünftel der Eltern schätzen den Schulweg ihres Kindes als unsicher ein. Bei Eltern unter 40 Jahren und jenen, die in Städten mit über 500.000 Einwohnenden leben, sagt dies sogar ein Viertel der Befragten. Das Deutsche Kinderhilfswerk, der ökologische Verkehrsclub VCD und der Verband Bildung und Erziehung (VBE) fordern auch deshalb, die Verkehrsinfrastruktur zu verbessern und den Verkehr vor Schulen zu begrenzen.

Die forsa-Umfrage bestätigt die Ergebnisse einer Befragung unter Schülerinnen und Schülern aus dem letzten Jahr. Demnach fühlt sich ein Fünftel der Kinder auf dem Schulweg unsicher. Ihre Eltern empfinden das genauso. Sicher auch, weil 13 Prozent der Eltern mindestens wöchentlich gefährliche Situationen vor dem Schultor erleben, die durch das Bringen von Kindern mit dem Auto entstehen. Auf das ganze Schuljahr bezogen erlebte fast ein Drittel der Befragten mindestens eine solche Situation, in Großstädten waren es sogar 39 Prozent.

Die Kooperationspartner stellen klar: Eine gefährliche Situation muss nicht, kann aber schnell zu einem Unfall führen. In jedem Fall hinterlässt sie ein mulmiges Gefühl: Bei dem

Kind, das fast zu Schaden gekommen wäre, bei den Kindern, die das gesehen haben, und natürlich auch bei Eltern. So werden immer mehr Kinder mit dem vermeintlich sicheren Auto gebracht und dadurch noch mehr gefährliche Situationen provoziert, gerade wenn der Verkehr vor dem Schultor nicht begrenzt wird. Ziel muss es sein, diese Entwicklung aufzuhalten, den Kindern mehr zuzutrauen und durch Infrastrukturmaßnahmen die Schulwegsicherheit zu erhöhen.

Große Einigkeit herrscht bei der Bewertung, wie wichtig einzelne Maßnahmen für die Sicherheit des Schulwegs sind. Alle vorgeschlagenen Maßnahmen werden mehrheitlich als wichtig oder sehr wichtig eingeschätzt. Damit



sehen sich die Kooperationspartner in ihrer Arbeit bestätigt. Sichere Querungsstellen, Tempo 30 und ein gutes Angebot öffentlicher Verkehrsmittel sind dabei die zentralen Maßnahmen mit Zustimmungswerten von über 90 Prozent. Aber auch Radwege halten 83 Prozent für wichtig oder sehr wichtig. Doch die Eltern sehen auch, dass der Verkehr nicht nur durch geringere Geschwindigkeit beruhigt, sondern auch durch Schülerlotsen oder die Polizei geregelt werden soll. Das Schultor durch Halteverbote freizuhalten, wird fast von der Hälfte der Befragten als sehr wichtig und von einem

Viertel als wichtig angesehen. Ein starkes Zeichen für sichtbare und spürbare Veränderungen auf dem Schulweg und vor dem Schultor!

Gerhard Brand, Bundesvorsitzender des VBE: „Ein selbstständig zurückgelegter Schulweg schenkt Selbstvertrauen. Wer sich früh schon einmal bewegt hat, startet zudem besser in den Tag. Doch das braucht das Zutrauen der Eltern. Dass ein Fünftel von Ihnen den Schulweg als unsicher ansieht, muss ein Warnzeichen an die Kommunen sein. Durch kluge Begrenzung des Verkehrs kann der Schulweg sicherer gestaltet werden – und dann auch von mehr Kindern zu Fuß zurückgelegt werden.“

Deutscher Philologenverband (DPHV) Digitalstrategie für klugen Einsatz von KI an Schulen gefordert

Der DPhV ruft angesichts der Ergebnisse des aktuellen Trendmonitors „KI in der Bildung“ (Deutsche Telekom Stiftung*) zu einem politischen Umsteuern auf. Die Studie zeigt: Künstliche Intelligenz kann Potenzial für Schulen zur Entlastung von Schulleitungen und Lehrkräften bieten, aber es gibt zentrale Hindernisse: Diese sind fehlende rechtliche Rahmenbedingungen, AI-Act-datenschutzkonforme Anwendungen sowie mangelnde staatliche Verantwortung für eine kohärente Digitalstrategie für die Schulen.

„Lehrkräfte und Schulleitungen sind zu Recht vorsichtig, da bisher verbindliche Vorgaben und rechtliche Handlungssicherheit fehlen“, erklärt DPhV-Bundesvorsitzende Susanne Lin-Klitzing. „Es braucht eine umfassende Digitalstrategie auf europäischer Rechtsgrundlage, die pädagogische Autonomie und schulische Datensouveränität sichert und eine Abhängigkeit von kommerziellen Anbietern verhindert. Dazu gehören flächendeckend datenschutzkonforme Bildungs-KI-Anwendungen, die von den Ländern finanziert werden, leistungsfähige Identitätsmanagementsysteme für alle Schulen sowie eine Datenschutzaufsicht auf Ebene der Kultusministerien.“

Der Trendmonitor zeigt auf, dass KI bestimmte Aufgaben automatisieren kann. „Wenn generative KI dabei hilft, Bürokratie abzubauen, adaptive Lernmaterialien zu erstellen und die Schulorganisation zu verbessern, könnte Lehrkräften endlich mehr Zeit für ihre eigentlichen pädagogischen Aufgaben bleiben“, so Lin-Klitzing. „Will der Staat KI dazu nutzen, muss er die unzureichende technische Infrastruktur an vielen Schulen voranbringen sowie die fehlende Klarheit über Rechtsfragen herstellen. Das sind keine Aufgaben für Lehrkräfte, sondern für Bund, Länder und Kommunen.“

Wenn die Rahmenbedingungen stimmen, werden Lehrkräfte die möglichen Vorteile von KI, erworben in guter Aus- und Fortbildung, klug nutzen. Bisher haben erst 20 Prozent der von der Telekom-Stiftung Befragten eine KI-Schulung erhalten. Deshalb fordert der DPhV: Gute Konzepte, gute Fortbildner, eine ausfinanzierte dritte Phase der Lehrkräftebildung in den Ländern und Freistellungen der Lehrkräfte für die Fortbildungen. Das sind die nötigen Rahmenbedingungen, die die Kultusministerien jetzt erst recht vorhalten müssen.

„Gute schulische Bildung für die Schülerinnen und Schüler fußt auf gesunden und kompetenten Lehrkräften“, resümiert Lin-Klitzing. „Doch diese müssen vom digitalen Fortschritt profitieren können, statt von fehlenden Rahmenbedingungen belastet und ausgebremst zu werden. Politik und Verwaltung müssen jetzt handeln: verbindliche rechtliche Grundlagen schaffen, datenschutzkonforme Anwendungen bereitstellen und so den Weg für Fortbildung und Kompetenzaufbau ebnen. Nur so kann das mögliche Entlastungspotenzial von KI hoffentlich klug gehoben und eine zukunftsfähige Bildungslandschaft unterstützend gestaltet werden.“



Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL)

Deutsche Bahn gefährdet Ausbildung und Sicherheit auf der Schiene

Die Entscheidung der Deutschen Bahn AG, die Zahl der Full Mission Simulatoren von 20 auf nur noch 14 zu reduzieren und die Standorte von zwölf auf neun auszudünnen, ist aus Sicht der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) ein schwerer Rückschritt. Damit werden ausgerechnet jene Grundlagen geschwächt, auf denen Qualität, Ausbildung und Sicherheit im Bahnbetrieb beruhen.

„In den kommenden Jahren ist mehr Ausbildung dringend notwendig, nicht weniger“, stellte der Bundesvorsitzende der GDL, Mario Reiß, am 5. September 2025 klar. „Während tausende neue Lokomotivführer ausgebildet werden müssen, verscherbelt die DB ihre Simulatoren. Dieses Vorgehen ist an Kurzsichtigkeit kaum zu überbieten und widerspricht den eigenen strategischen Zielen.“

Nach Ansicht der GDL gefährdet die geplante Reduzierung unmittelbar die Ausbildungsqualität. „Eine gute Ausbildung ist das Fundament

eines sicheren Eisenbahnbetriebs. Wer hier den Rotstift ansetzt, opfert Sicherheit und verschärft die Probleme im Bahnbetrieb“, so Reiß. Die GDL fordert die DB auf, ihre Pläne sofort zu stoppen und die Ausbildungskapazitäten nicht zu schwächen, sondern auszubauen. „Die Bahn braucht mehr Qualität und darf keine zusätzlichen Risiken auf die Schiene bringen. Alles andere ist verantwortungslos“, betont der GDL-Bundesvorsitzende.

Namen und Nachrichten

„Es passieren regelmäßig Dinge, die man sich ein paar Tage vorher gar nicht vorstellen konnte“, erzählt Bianca Drogosch in der aktuellen DienstTag-Folge, dem **dbb-Podcast**.

Langweilig sei der Berufsalltag der Diplomatin auf jeden Fall nicht. N'Djamena, Rangun oder Ramallah, das waren die Top-Drei auf der Wunschliste von Bianca Drogosch für ihren nächsten Auslandsposten. Klingt weniger nach Cocktail-Empfang und mehr nach Herausforderung und Risiko, passt aber zu der 36-jährigen Diplomatin. „Es ist ein ganz toller Job, wenn man die Neugierde und Bereitschaft mitbringt, sich auf anderen Kulturen und Menschen einzulassen. Überspitzt formuliert sind wir ja so was wie die Staubsaugervertreter der Bundesrepublik im Ausland.“ Die kleinen Botschaften abseits der Weltmetropolen seien dabei oft die interessanteren Posten, weil die Arbeit vor Ort abwechslungsreicher und konkreter sei, erzählt Drogosch. Die Vertretung in Myanmar ist in einem schlichten 70er-Jahre Bürohaus in Rangun untergebracht. Neben den neun Diplomaten halten dabei vor allem die angestellten Einheimischen den Betrieb aufrecht: „Ohne die Locals könnten wir gar nicht arbeiten. Die sprechen die Landessprache, kennen Kultur und Gewohnheiten in Myanmar, wissen, wen man anrufen muss, wenn Ersatz-

teile fehlen oder Handwerker organisiert werden müssen.“ Nach Militärputsch, Bürgerkrieg und Überschwemmungen wurde Myanmar im Frühjahr auch noch von einem schweren Erdbeben heimgesucht. Obwohl die Bundesrepublik mit dem Militärregime keine offiziellen Beziehungen unterhält, war die Hilfsbereitschaft trotzdem sehr hoch. „Das die aktuelle Regierung dann aber versucht hat, die Hilfe aus Drittstaaten als politisches Tool einzusetzen und Menschen, die vom Widerstand gehaltenen Gebieten leben, vorzuenthalten, war schon sehr frustrierend“, erinnert sich Drogosch. Umso wichtiger seien für die Hilfe deshalb die Netzwerkarbeit der Diplomaten, die direkten Kontakte zur Bevölkerung in Myanmar und in die Zivilgesellschaft. [Den Podcast gibt es hier](#).

Es gibt eine Tarif-Einigung zwischen dem **dbb** und der Hamburger Krematorium GmbH (HKG). Der Kompromiss bildet den aktuellen TV AVH Abschluss nach und wertet zusätzlich den Haustarifvertrag auf. So wird ein wichtiger Schritt in Richtung Angleichung an das Tarifniveau des TV-AVH gemacht. Vorausgegangen war ein Warnstreik mit flächendeckender Beteiligung der Mitarbeitenden. Der bestehende Tarifvertrag wird rückwirkend zum 1. Juni 2025 wieder in Kraft gesetzt und ist dann nach einer



Laufzeit von 27 Monaten zum 30. September
2027 erstmals wieder kündbar. Details zum
Abschluss gibt es auf www.dbb.de.

Termine:

14 Oktober 2025

Seniorenpolitische Fachtagung

[Weitere Informationen](#)

17. November 2025

**Pressekonferenz: Forderungen zur Einkommensrunde
der Länder 25/26**

3. Dezember 2025

Einkommensrunde Länder: 1. Verhandlungsrunde

15.-16. Januar 2026

Einkommensrunde Länder: 2. Verhandlungsrunde

11.-13. Februar 2026

Einkommensrunde Länder: 3. Verhandlungsrunde

[Sonderseite zur Einkommensrunde](#)
